

Sitzung Nr. 9 vom 21. Oktober 2014

Vorsitz	François Scheidegger, Stadtpräsident
Anwesend	Urs Wirth Remo Bill Markus Neuhaus (Ersatz) Angela Kummer Clivia Wullimann Aldo Bigolin Hubert Bläsi Alexander Kohli (Ersatz) Richard Aschberger Heinz Müller Ivo von Büren Andreas Kummer Marco Crivelli Nicole Hirt
Entschuldigt	Alexander Kaufmann Renato Müller
Anwesend von Amtes wegen	Esther Müller-Cernoch, Leiterin Personalamt Luzia Meister, Stadtschreiberin Maya Karlen, Leiterin Schulverwaltung Rolf Glaus, SL Bezirksschulen Grenchen-Bettlach Roger Kurt, Vorsitzender GLSG Paul Hartmann, Präsident FKSG David Baumgartner, Leiter Finanzen + Informatik Daniel Gäumann, Leiter Stadtbauamt Jürg Vifian, Stadtbaumeister-Stv. Anne-Catherine Schneeberger-Lutz, Stadtschreiberin-Stv. (Protokollführerin)
Dauer der Sitzung	17:00 Uhr - 20:50 Uhr

TRAKTANDEN

(2864 - 2869)

- 1 2864 Strukturreform der Pensionskasse der Stadt Grenchen, Anpassung an Bundesrecht: Änderung der PK-Statuten und des Vorsorgereglements
- 2 2865 Frühkindliche Bildung, Betreuung und Erziehung, Situationsanalyse Grenchen 2014 und Auftrag zur Erstellung eines umfassenden Konzepts
- 3 2866 Projekt Konsolidierung Schulleitungsstrukturen Grenchen: Bericht und Antrag der Projektleitung an den Gemeinderat
- 4 2867 Personal GLSG Schulen: Wiederbesetzung der Stelle Schulleitung Halden 80-100 % - Einsetzen eines Wahlausschusses
- 5 2868 Neuorganisation SMKS: 2. Lesung
- 6 2869 **VERTRAULICH / NICHT VERÖFFENTLICHEN**

- o -

Genehmigung Traktandenliste:

Traktandum 1: Strukturreform der Pensionskasse der Stadt Grenchen, Anpassung an Bundesrecht: Änderung der PK-Statuten und des Vorsorgereglements

Der Rechtsdienst hat gestern Abend von der Stiftungsaufsicht das Echo zur Vorprüfung erhalten. Es handelt sich um einen vierseitigen Bericht mit jeder Menge Vorschläge, Verbesserungen und Ergänzungen. Es war nicht möglich, alle Punkte so kurzfristig zu bearbeiten und mit dem Kanton eine Besprechung abzuhalten. Die Verwaltung beantragt deshalb dem Gemeinderat, das Geschäft heute in 1. Lesung zur Kenntnis zu nehmen und nicht auf die Reglemente einzugehen. Die 2. Lesung mit der Detailberatung soll an der GR-Sitzung vom 11.11.2014 stattfinden (Antrag zHd. Gemeindeversammlung vom 03.12.2014).

Der Gemeinderat erklärt sich ohne Gegenstimmen mit dem Vorgehen einverstanden.

- o -

Strukturreform der Pensionskasse der Stadt Grenchen, Anpassung an Bundesrecht: Änderung der PK-Statuten und des Vorsorgereglements

Vorlage: PKK/12.09.2014

1. Erläuterungen zum Eintreten

1.1. Stadtschreiberin Luzia Meister, Leiterin Rechtsdienst, erklärt, dass die Vorlage recht umfangreich ist. Der grösste Teil sind Anpassungen an neueres Bundesrecht. Leider wird das Geschäft heute nicht abgeschlossen, sondern nur in 1. Lesung zur Kenntnis genommen werden können. Der Rechtsdienst hat gestern Abend von der Stiftungsaufsicht das Echo zur Vorprüfung erhalten. Darin sind zahlreiche Punkte, die der Kanton anders formuliert oder auch noch festgehalten haben möchte. In der kurzen Zeit war es nicht möglich, alle diese Punkte kritisch zu analysieren und die Vorlage zu aktualisieren. Sobald die Analyse erfolgt ist, wird man die Punkte anlässlich einer Sitzung mit dem Kanton besprechen. Danach muss die Pensionskassenkommission nochmals darüber verhandeln. Deshalb sind heute nur die Präsentation der Vorlage in den Grundzügen, die Eintretensvoten und die Beantwortung allfälliger Fragen vorgesehen. Das Durchgehen aller Paragraphen scheint heute nicht sinnvoll. Man wird alles daran setzen, dass die 2. Lesung in der Sitzung vom 11. November 2014 zügig über die Bühne geht. Schliesslich muss die Vorlage am 3. Dezember 2014 vor die Gemeindeversammlung.

1.2. Michael Weidmann, Libera AG, erläutert anhand einer Präsentation die wichtigsten Punkte zur Strukturreform der Pensionskasse der Stadt Grenchen (siehe Beilage). Er betont, dass keine Veränderungen an den Leistungen für die Versicherten mit den Änderungen verbunden sind. Die zentrale Frage ist, ob und welche Kompetenz beim Gemeinwesen verbleibt. Gemäss Vorschlag der Pensionskassenkommission soll die Finanzierungsseite bei der Gemeinde bleiben.

2. Eintreten

2.1. Wie immer, wenn es um Pensionskassenfragen geht, so Gemeinderat Hubert Bläsi, erkennen Milizpolitiker und jetzt offenbar auch Fachleute, wie vielschichtig und kompliziert diese Thematik ist - oder sein kann. Bei den jeweiligen Zusatzklärungen durch die Referierenden sieht er als Gemeinderat- oder vielleicht darf er sogar sagen ‚sieht man‘ - dann meistens das Licht am Ende des Tunnels.

Bei einer Folgevorlage kommt es ihm dann öfters so vor, als hätte er jemanden in der Mitte des Tunnels angetroffen und dieser habe dann als Lichtquelle eine Taschenlampe in der Hand gehabt. Wie auch immer. Im vorliegenden Geschäft hat die FDP-Fraktion keine grössere Problematik mit entsprechender Tragweite entdeckt. Die vorgesehene Revision richtet sich nach der sogenannten Strukturreform in der beruflichen Vorsorge, die vom Bund festgelegt wurde. Die punktuellen Anpassungen sind die Folge von diesen Entscheiden und machen darum – offenbar aber erst mit der entsprechenden Nachbereitung – Sinn. Zudem wären die Änderungen ja auch durch das entsprechende Fachgremium ohne Gegenstimme genehmigt gewesen. Nicht ganz überraschend votiert darum auch die FDP-Fraktion für Eintreten. Den jetzt vorliegenden Anträgen stimmt sie zuhanden der Gemeindeversammlung zu.

- 2.2. Gemäss Gemeinderat Heinz Müller findet es die SVP-Fraktion bezüglich der Trennung von Leistung und Finanzierung richtig, dass die Finanzierungshoheit bei der Gemeinde resp. beim Gemeinderat angesiedelt ist. Zuerst muss die Finanzierung geregelt werden. Davon kann man letztlich die Leistungen ableiten, die man sich leisten kann, damit man nicht in ein Debakel wie der Kantonsrat gerät. Die SVP unterstützt die Variante, dass die Finanzierung weiterhin von der Gemeinde mitbestimmt wird und Kompetenz und Verantwortung über die Leistungen an die Pensionskassenkommission delegiert werden. Er geht davon aus, dass der Gemeinderat bei der 2. Lesung die einzelnen Punkte im Detail erklärt erhalten bekommt. Demensprechend ist die SVP-Fraktion für Eintreten.
- 2.3. Gemeinderat Andreas Kummer ist froh für eine 1. Lesung, sonst hätte er einen diesbezüglichen Auftrag gestellt. In der Fraktion sind einige Fragen beim Studium der Vorlage aufgetaucht. Welche Änderungen sind zwingend vorgeschrieben, wo hat man noch die Möglichkeit, sich in der Gemeinde zu organisieren? Wer entscheidet, was in Zukunft möglich ist? Hier hätte er sich gern mehr konkrete Beispiele in der Vorlage erhofft. Aktuell kommt sie zu abstrakt daher. Die Trennung von Finanzierung und Leistung ist nicht zwingend vom Bundesrecht vorgeschrieben. Man kann - muss aber nicht. Er bittet, dass man ihn korrigiert, falls er falsch liegen sollte. Er bekundet Mühe mit der Trennung zwischen Finanzierung und Leistung. Es kann ja auch nicht sein, dass im Verwaltungsrat einer AG die einen für die Aktiven, und die anderen für die Passiven zuständig sind. Man kann nur ausgeben, was hineinkommt. Es fällt ihm schwer, einer Pensionskassenkommission die Kompetenz zu übergeben, über Leistungen zu entscheiden, wenn er als Gemeinderat nur über die Finanzierung entscheiden kann. Das gehört für ihn zusammen. Das war auch die Diskussion in der CVP-Fraktion. Von der 2. Lesung erwartet die CVP, dass man konkrete Angaben darüber erhält, wie die Trennung funktionieren soll. Warum kann man nicht beim üblichen System bleiben und nicht nur die Finanzierung, sondern auch die Leistungen bei der Gemeinde belassen? Dann sind die Verantwortlichkeiten klar geregelt. Er bittet um eine Aufstellung, was zwingendes Recht ist
- 2.4. Laut Vize-Stadtpräsident Urs Wirth ist auch die SP-Fraktion für Eintreten auf die Vorlage. Allerdings stimmt sie nur einer 1. Lesung zu. Er kann noch nicht sagen, ob man den Nachträgen zustimmen wird. Es kommt darauf an, was für Änderungen resp. Ergänzungen noch kommen. Die SP ist gespannt auf die 2. Lesung und erkundigt sich, ob die Pensionskassenkommission und die Verbänden nochmals angehört werden. Das ist eine Frage, die sich die Verwaltung noch stellen muss.

2.5. Nach Auskunft Michael Weidmann sieht die Strukturreform eine Trennung von Finanzierung und Leistung vor. Das ist nun zwingendes Recht. Dieser Teil der Strukturreform hat einen Einfluss auf die Pensionskasse der Stadt Grenchen. Man kann nicht mehr beide Kompetenzen bei der Gemeinde lassen, man muss der Gemeinde mindestens eine Kompetenz wegnehmen und dem oberste Organ der Vorsorgeeinrichtung, d.h. der Pensionskassenkommission geben. Die öffentlich-rechtliche Körperschaft kann nur entweder über die Leistungsseite oder über die Finanzierungsseite bestimmen (und nicht mehr über beides). Anders gesagt man kann der Gemeinde noch eine Kompetenz lassen, muss aber nicht - das ist mit „kann-Bestimmung“ gemeint.

Somit gibt es folgende drei Varianten:

- a) Die Finanzierung wird weiterhin von der Gemeinde mitbestimmt, die Pensionskassenkommission bestimmt abschliessend über die Leistungen.
- b) Die Leistungen werden weiterhin von der Gemeinde mitbestimmt, die Pensionskassenkommission bestimmt abschliessend über die Finanzierung.
- c) Die Pensionskassenkommission bestimmt abschliessend über alle Belange der Pensionskasse.

Die Pensionskassenkommission hat sich für Variante a) entschieden. In Zukunft werden nur noch Reglementsanpassungen, welche die Finanzierung betreffen, der Gemeinde zur Genehmigung vorgelegt

2.6 Gemäss Stadtschreiberin Luzia Meister können entweder die Bestimmungen über die Leistungen oder jene über die Finanzierung von der betreffenden öffentlich-rechtlichen Körperschaft erlassen werden. Die Trennung in Finanzierung und Leistung folgt den gesetzlichen Vorgaben der Strukturreform. Die meisten Gemeinden behalten die Finanzierungsseite bei sich. Die Pensionskassenkommission muss schauen, was sie sich leistet. Die Pensionskassenkommission wird auf jeden Fall noch vor der 2. Lesung im Gemeinderat angehört, nur sie kann einen entsprechenden Beschluss fassen. Auch die Verbände werden nochmals begrüsst, allerdings muss dies nicht zwingend vor dem Gemeinderat sein, aber sicher noch vor der Gemeindeversammlung.

2.7. Gemeinderat Hubert Bläsi zitiert den letzten Satz von Ziff. 1 der Vorlage: *„Die Vorlage enthält keine inhaltlichen Änderungen für die Versicherten.“* Stimmt dies wirklich?

2.7.1 Michael Weidmann kann bestätigen, dass es keine Änderungen bei den Leistungen gibt. Die Anforderungen der Strukturreform bedingen für die Pensionskasse der Stadt Grenchen einige Anpassungen in den Statuten und auch im Vorsorgereglement. Bei der Gelegenheit wurden aber auch noch Anpassungen an weitere Änderungen in den Bundesgesetzen respektive Präzisierungen, Ergänzungen und redaktionelle Anpassungen vorgenommen. Die Pensionskasse muss Bundesrecht immer berücksichtigen und sich daran halten.

2.7.2 Auch Stadtpräsident François Scheidegger hält es für wichtig, hervorzuheben, dass sich an den Leistungen nichts ändert. Dies ist ein Punkt, welcher auch die Verbände immer wieder vorgebracht haben.

Eintreten wird beschlossen.

Es geht folgender

3. Beschluss

3.1. Die Vorlage wird in 1. Lesung zur Kenntnis genommen.

Beilage: Präsentation Michael Weidmann „*Umsetzung Strukturreform Vorsorgeeinrichtungen von öffentlich-rechtlichen Körperschaften*“

GV
PKK
PK
PA
RD
SWG

0.2.2 / acs

Frühkindliche Bildung, Betreuung und Erziehung, Situationsanalyse Grenchen 2014 und Auftrag zur Erstellung eines umfassenden Konzeptes

Vorlage: SV/01.10.2014

1. Erläuterungen zum Eintreten

- 1.1. Ruth Calderòn-Grossenbacher, rc-consulta - Büro für sozial- und bildungspolitische Fragestellungen, Bern, erläutert anhand einer Präsentation die Resultate der Situationsanalyse (siehe Beilage).

2. Eintreten

- 2.1. Gemeinderätin Nicole Hirt bedankt sich im Namen der CVP/glp-Fraktion bei den Autorinnen für die umfassende Situationsanalyse. Die gesellschaftlichen Strukturen und die wissenschaftlichen Erkenntnisse haben sich stark verändert. Heute ist man der Ansicht, dass man mit der frühkindlichen Bildung, Betreuung und Erziehung kurz FBBE nicht früh genug anfangen sollte. Vor 30 Jahren verstand niemand hier, warum die Engländer z.B. ihre 3-Jährigen schon in die Spielgruppe schickten. Man war der Meinung, ein Kind müsse so lange wie möglich von seinen Eltern gebildet, erzogen und betreut werden. Heute geht das in ganz vielen Familien nicht mehr, da sich wie erwähnt die Strukturen verändert haben. Die Gründe sind bekannt. Diese Veränderung hat dazu geführt, dass die Öffentlichkeit vermehrt diese Aufgaben übernehmen muss. Ob das gut ist oder nicht, wird sich weisen. So oder so muss sich die Stadt Grenchen den Vorwurf nicht gefallen lassen, zu wenig für die FBBE zu tun. Überschlagen belaufen sich die Kosten auf ca. 1 Million Franken. An dieser Stelle ihr Dank an alle Freiwilligen, die in irgendeiner Form die FBBE unterstützen. Ohne diese wäre die FBBE gar nicht zu finanzieren. Es gibt 21 Angebote für Kinder, 6 für Eltern und 23 für Kinder und Eltern. Bei so einem grossen Angebot kommt ihr sofort der Ausdruck Angebot und Nachfrage in den Sinn. Sind die Angebote nun geschaffen worden und man sucht nun die Nachfragenden (29 Kinder der 3-4-Jährigen hätten gemäss der Analyse potentiellen Förderbedarf) oder könnte aufgrund der fehlenden Nachfrage die Angebote verkleinert werden? Bei diesem breiten Angebot ist ein Konzept unerlässlich. Die CVP-/glp-Fraktion ist mit der Erarbeitung solch eines Konzeptes einverstanden, möchte aber darauf hinweisen, dass aus dem Vorhandenen Synergien gebildet werden und allenfalls Überflüssiges gestrichen werden soll. Ebenfalls beinhalten muss das Konzept die finanziellen und personellen Ressourcen, die eine allfällige zukünftige Umsetzung des Konzeptes nach sich ziehen werden.

Nicole Hirt bittet, die folgenden zwei Bedenken als Anregung mitzunehmen:

Bei all diesen Angeboten ist die Gefahr gross, dass die Eltern die Plätze zum Teil als gratis Kinderhort missbrauchen könnten. Das kann verhindert werden, indem man vermehrt die Eltern in die FBBE einbezieht. Womit sie persönlich schon lange Mühe habe, ist die Tatsache, dass man das Informationsmaterial in diverse Fremdsprachen übersetzt. Das könnte bei den Angesprochenen das Gefühl wecken, dass Deutsch zu lernen, gar nicht keine hohe Priorität einnimmt. Man befindet sich hier ja nicht in der Tourismusbranche! Wie erwähnt, unterstützt die CVP-/glp-Fraktion die Ausarbeitung des Konzeptes.

- 2.2. Laut Gemeinderätin Angela Kummer nimmt die SP-Fraktion mit Interesse Kenntnis von der umfassenden Situationsanalyse zur Frühkindlichen Bildung in Grenchen. Wichtig erscheint ihr nun eine Strategie für die Zukunft. Viele dieser Angebote existieren nur wegen der Initiative vieler Freiwilliger. Deshalb ist es nötig, beim Konzept auch darauf zu schauen, wie nachhaltig organisiert die Angebote sind, damit nicht plötzlich weitere Angebote wie z. B. die Krabbelgruppe wieder nicht mehr existieren. Die SP dankt dem Projektteam unter der Leitung von Maya Karlen für die bisher geleistete Arbeit und geben gerne grünes Licht für die Erstellung eines Konzeptes der Frühkindlichen Bildung, Betreuung und Erziehung.
- 2.3. Laut Gemeinderat Aldo Bigolin hat die FDP-Fraktion die detaillierte und umfangreiche Situationsanalyse mit Begutachtung studiert. Es wurde festgestellt, dass die Arbeit mehrfach äussert umfassend gewürdigt wurde. Das Angebot in der Stadt kann als einzigartig bezeichnet werden. Grenchen hat auch ein Angebot in der Frühkindlichen Bildung, Betreuung und Erziehung. Ab Seite 55, 56, 57 der Situationsanalyse sind die Angebote für Kinder, Eltern sowie Eltern und Kind aufgelistet und es ist ersichtlich, dass insgesamt etwa 50 Institutionen, Anlaufstellen und dergleichen vorhanden sind. Das ist beachtlich. Obwohl der nächste Schritt, die Erstellung eines Konzeptes, gratis ist, stellt sich schon die Frage, in welche Richtung das Konzept gehen soll. Was löst das für einen darauffolgenden dritten Schritt aus? Was hat es für Kostenfolgen für die Stadt Grenchen? Unter diesem Aspekt und im Wissen, dass bereits ein breitabgestütztes Angebot vorhanden ist, kann die FDP der Weiterentwicklung des Konzeptes zustimmen, aber unter der Bedingung, dass das Angebot im Sinne einer Effizienzsteigerung resp. Bündelung der Angebote angegangen wird, und zwar mit dem Ziel, dass möglichst viel Sparpotential aufgezeigt werden kann (z.B. der Ausbau einer Krabbelgruppe, aber das nota bene ohne Kostenfolge). In diesem Sinne und unter diesen Bedingungen ist die FDP für Eintreten und wird den Anträgen so zustimmen. Auf einer der Folien stand, dass der politische Wille manifestiert sei. In welcher Form ist das erfolgt?
- 2.4. Gemeinderat Richard Aschberger erklärt, dass die SVP der Vorlage äusserst kritisch gegenüber steht. Schon in den Jahren 2011 und 2012 hat sie Vorbehalte angemeldet betreffend der Angebotserweiterungen im Bereich spezielle Förderung und frühkindliche Betreuung usw. Heute mit dieser Vorlage hat sie viele Unterlagen erhalten inkl. einer ausführlichen Situationsanalyse mit Massnahmenvorschlägen. Hier sind auch alle Angebote erwähnt, egal ob von der Stadt oder von Privaten. Diese Informationen und Anschriften werden nun auch regelmässig aktualisiert und liegen bei der Stadt auf, auch bei den diversen Fachstellen und Betreuungsangeboten für die Zielgruppe, ebenso wurde die Infobroschüre mit den Schulnachrichten versandt.

Für die SVP ist mit dieser Arbeit das Thema erledigt, ein weiter aufgebautes Grossprojekt frühkindliche Bildung und Erziehung braucht es ihrer Meinung nach definitiv nicht. Wie schon früher gewarnt, wecken solche Voruntersuchungen und Studien Begehrlichkeiten und genau das ist einmal mehr eingetroffen. Wenn man sich die Beilage 1 anschaut mit dem Projektauftrag und den darin enthaltenen Ressourcenanforderungen für eine Konzepterstellung, dann fällt er vom Glauben ab. Immer heisst es, die Schulleitung, resp. Schulverwaltung operiert am Anschlag und dann will man hier noch 10 Prozent während eines Jahres für eine Konzepterstellung abtreten und dann noch 30 Prozent für einen Assistenzposten. Irgendetwas geht hier nicht auf, vom finanziellen Aspekt ganz zu schweigen, der wird nicht weiter ausgeführt. Wenn man Geld braucht für ein Konzept X, sollte man einen Kostenrahmen haben, auch wenn das intern verrechnet werden kann, resp. aus den regulären Stellenbudgets geleistet wird. Diese Arbeitsleistung fehlt dann woanders. Seiner Handgelenk mal Pi-Rechnung nach investiert man hier um die Fr. 50'000.00. Der SVP kommt es so vor, wie wenn man die im Bericht geforderte „Koordinationsstelle Frühe Förderung“ unbedingt durchsetzen will und das gibt es mit ihr nicht. Sie braucht nicht noch eine weitere Baustelle, welche Zeit und Ressourcen verbraucht. Für die Fraktion wäre so eine Koordinationsstelle wie eine Art Supermami: man will jedes Kind erreichen, schauen, ob es gut läuft oder nicht und was man dem Kind und der Familie anbieten kann usw. Hier hat eine 180-Grad-Wendung in vielen Köpfen stattgefunden. Früher waren die Eltern besorgt um die Kinder und haben selbstständig nach Unterstützung gefragt und gesucht. Heute soll das alles die Stadt machen, stemmen, finanzieren und alles auf dem Silbertablett servieren - wie beim Metzger: Darf es bitzeli meh si und no öp-pis anders derzue? Die SVP hat bei der Vorlage erwartet, dass man aufzeigt, wie man die benannten Schwachpunkte aufarbeiten und beheben kann. Dass man nochmals mindestens ein Jahr Zeit und Geld investieren muss, ist für sie unverständlich. Sie fordert, dass die Stadt Grenchen aus den neuen Berichten die bemängelten Punkte bearbeitet und Vorschläge bringt; Sie lehnt das vorliegende Konzept ab und damit auch die Vorlage.

- 2.5. Gemeinderätin Clivia Wullimann bemerkt, dass bei der Broschüre nur der Text auf der ersten Seite in andere Sprachen übersetzt wurde. Alles anderes ist in Deutsch gehalten. Ihrer Ansicht nach geht es nicht um Effizienz, sondern darum, wie die Kinder möglichst gut gefördert werden können, damit vermieden werden kann, dass grosse Kosten entstehen und Kinder einmal – allenfalls wie ihre Vorfahren - in der Sozialhilfe landen. Das sind wichtige Investitionen für die Zukunft. Das kostet etwas, ist nicht gratis zu haben. Jeder Franken, der hier investiert wird, kommt später wieder zurück. Alle Lehrer im Gemeinderat wissen das. Wenn ein Kind in einer Spielgruppe war, wird es sich danach ganz anders in einem Kindergarten verhalten. Wenn man nein zum Konzept sagt, bleibt man auf halbem Weg stecken. Es braucht diesen Effort nochmals, damit man weiss, wo man die Sache vernetzt, wo es Synergien gibt. Sie macht beliebt, das Konzept erstellen zu lassen.
- 2.6. Gemeinderat Ivo von Büren möchte wissen, ob es stimmt, dass die Erstellung des Konzeptes durch die Stiftung übernommen wird und die Stadt nichts kostet ausser die Arbeitszeit von Maya Karlen.
- 2.7. Gemeinderat Heinz Müller ist seit 14 Jahre in der Politik tätig, 12 Jahre davon im kantonalen Parlament. Man hat immer bei der Bildung aufgestockt, Es sind immer mehr neue Angebote und neue Elemente dazu gekommen und die Kosten sind immer gestiegen.

Seit rund 20 Jahren bildet Heinz Müller Lehrlinge aus und es wird jedes Jahr schlimmer, was für Schüler aus der Schule herauskommen. Die Bildungsspezialisten haben den Schlamassel auszubaden, welcher ihnen die Politik die ganze Zeit einbrockt. Es ist an der Zeit, endlich mit den Sachen aufzuhören, die nur Kosten verursachen und nichts bringen. Er erlebt es jedes Jahr, wenn er die Bewerbungen sieht. Er erhält Hochglanzbewerbungen und wenn die Schnupperlehrlinge dann bei ihm sind und etwas auf ein Papier schreiben müssen, machen sie bei einem Wort mit fünf Buchstaben sechs Fehler. Massnahmen bringen nur etwas, wenn sie auch greifen. Das mit den 1, 2 bis 7 Franken hört er seit 14 Jahren und gebracht hat es bisher noch nichts. Niemand konnte es ihm bisher beweisen. Die Haltung der SVP ist allseits bekannt. Man soll sich zuerst um das Kerngeschäft kümmern und nicht mit neuen Sachen kommen.

- 2.8. Maya Karlen dankt für die viele Hinweise und Rückmeldungen, welche für sie sehr wichtig sind. Die Erstellung des Konzeptes wird zu einem grossen Teil durch sie gemacht. Sie hat bisher schon Zeit für das Geschäft eingesetzt. Sie ist es gewohnt, dass sie bei den Schulen immer wieder in Projekten mitarbeitet. Das gehört zu ihrer Funktion. Sie setzt dafür auch einen Teil ihrer Assistenz ein. Das funktioniert ganz gut. Die externe Betreuung durch Ruth Calderòn-Grossenbacher wird von der Jacobs Foundation bezahlt. Es stimmt, dass ca. 30 Prozent durch die Schulverwaltung geleistet werden. Die Arbeiten fallen nicht so regelmässig an. Aber es ist sicher ein Zusatzaufwand. Betreffend die Kosten ist zu sagen, dass in der Konzeptphase alles, was als Massnahmen vorgeschlagen wird, ganz klar beziffert wird. Man muss aber beachten, dass nicht nur die Stadt als Kostenträgerin angegangen werden kann. Das können auch Stiftungen, Private, Vereine sein. Das wird man ganz klar ausweisen. Das Konzept kommt wieder vor den Gemeinderat. Er beschliesst, welche Massnahmen umgesetzt werden. Der politische Willen wurde dadurch wahrgenommen, dass die Stadt seit etlichen Jahren Kindertagesstätten betreibt und vor fünf Jahren einen Vorkindergarten eingerichtet hat, welcher jetzt in die zweite Phase geht. Die Stadt unterstützt auch Spielgruppen finanziell. Das ist für sie ein Ausdruck des politischen Willens, mit dem demonstriert wurde, dass man in die frühe Förderung investieren will.

Eintreten wird mit 12 : 3 Stimmen beschlossen.

Ein Ratsmitglied verlässt den Saal.

3. Detailberatung

- 3.1. Keine Wortmeldungen.

In der Schlussabstimmung ergeht mit 11 : 3 Stimmen folgender

4. Beschluss

- 4.1. Der Gemeinderat erteilt dem Projektteam den Auftrag zur Erstellung eines Konzeptes der Frühkindlichen Bildung, Betreuung und Erziehung.

Vollzug: SV

Beilage: Ruth Calderòn-Grossenbacher: GR-Präsentation mit Notizen

SV
SDOL
PA
FV
IK

5.8.8 / acs

Projekt Konsolidierung Schulleitungsstrukturen Grenchen: Bericht und Antrag der Projektleitung an den Gemeinderat

Vorlage: KZL/01.10.2014

1. Erläuterungen zum Eintreten
 - 1.1. Max Wittwer, Projektleiter, erläutert anhand einer Präsentation die wichtigsten Punkte der Vorlage (siehe Beilage).
 - 1.2. Rolf Glaus, Schulleitung Bezirksschule Grenchen-Bettlach, erklärt, dass aufgrund des GR-Beschlusses vom März 2013 das Leitungsmodell auf Verbesserungsmöglichkeiten untersucht werden muss. Im Fokus stehen dabei die Rolle des Vorsitzenden und die Aufgaben und die Zukunft der Fachkommission. Es werden Verbesserungsvorschläge erwartet, die auch die anstehenden Veränderungen (Aufhebung eines Schulkreises) berücksichtigen. Die kommunalen und kantonalen Aufsichtsbehörden und auch der Stadtpräsident bezeugen den Schulen Grenchen und der Schulführung eine hohe Qualität. Ebenso zeigt die ESE ein erfreuliches Bild – auch in der Schulführungsstruktur. Die unabhängigen Experten kommen zum Schluss, dass die Defizite gering sind, empfehlen der GLSG aber sich mit Führungsaspekten auseinanderzusetzen. Heute wird eventuell ein wegweisender Entscheid gefällt. Gemäss dem Beschlusssentwurf soll ein Gesamtschulleiter die Rolle des Vorsitzenden übernehmen. Wie der Expertenbericht selber darstellt, sind die Begriffe Gesamtschulleiter und Schuldirektor gleichbedeutend. Konkret bedeutet das im Volksmund, dass ein Schuldirektor eingesetzt wird. Die Geschäftsleitung wird zu einem schulinternen Arbeitsinstrument umfunktioniert. Damit die politischen Entscheidungsträger einen Entscheid fällen können, müssen ihnen fundierte Entscheidungsgrundlagen zur Verfügung gestellt werden. Um letztendlich eine Veränderung begründen zu können, muss ein Mehrwert des neuen Zustandes gegenüber dem alten ersichtlich sein, ansonsten macht der Aufwand einer Veränderung keinen Sinn. Max Wittwer hat dazu einen Expertenbericht verfasst. Obwohl in seinem Bericht explizit erwähnt wird (Seite 12 unten), dass die Gesamtführung innerhalb des GLSG auch im bestehenden Modell – mit entsprechend klaren Massnahmen – verstärkt werden kann, geht er diesem Aspekt nicht weiter nach. Der Gemeinderat hat in seinem Beschluss Verbesserungsvorschläge erwartet. Dann sollte in den Augen der GLSG in den Entscheidungsgrundlagen klar aufgezeigt werden, was für welche Anspruchsgruppe wirklich besser wird und was sich ändert – insbesondere auch für die GLSG. Betrachtet man den Bericht, fällt auf, dass zum bestehenden Modell keine qualitativen Aussagen gemacht werden. Hat man das bestehende Modell wirklich geprüft? Welche Kompetenzen werden den Schulleitenden weggenommen? Wie werden Ressortentscheide gefällt?

Welche Auswirkungen hat dieses Modell auf die Ressorts und Stellenprozente der anderen Schulleitenden? Welche Aufgaben soll ein Bildungsausschuss erfüllen, wenn gleichzeitig ein CEO eingesetzt wird? Werden die Instanzenwege dadurch noch länger? Will der Gemeinderat wirklich ohne vorgängige Klärung dieser Aspekte entscheiden und die GLSG in eine tiefe Verunsicherung stürzen? Die GLSG ist klar der Meinung, dass dieser Bericht keine Entscheidungsgrundlage sein kann. Er ist einseitig nur dem CEO-Modell nachgegangen. Es werden keine Argumente geliefert, sondern Meinungen wiedergegeben. Die GLSG hat einen 13-seitigen Bericht verfasst und verabschiedet. Sie hat ihr System kritisch hinterfragt, Aufgabengebiete klar unterschieden und die verschiedenen Anspruchsgruppen berücksichtigt. Durch diese differenzierte und umfassende Betrachtungsweise ist ein Massnahmenkatalog entstanden, der die GLSG weiterentwickelt und auch die Rolle des Vorsitzenden wird damit geklärt und gestärkt. Der Gemeinderat ist erst seit einer Woche im Besitz des GLSG-Berichts. Die GLSG ist klar gegen die Einführung des Modells 6 mit einer Gesamtschulleitung. Sie hat in ihrem Bericht 5 Punkte definiert, die in ihren Augen beibehalten werden sollten, um weiterhin mit einer grossen inneren Motivation arbeiten zu können. Sie ist der Auffassung, diese Offenlegung und die gemachten Verbesserungsvorschläge könnten eine Basis sein, um mit politischen Vertretern zielführend das bestehende Modell weiter zu entwickeln. Über die Rolle des Vorsitzenden muss nachgedacht werden. Zusammenhänge mit der übergeordneten Personalordnung der Stadt Grenchen spielen eine wesentliche Rolle. Unter diesem Aspekt vertritt die GLSG die Meinung, dass der Vorsitzende alle Instrumente zur Verfügung hat, um die Geschäftsleitung führen zu können. Sie ist sich aber auch bewusst, dass eine Grauzone vorhanden ist, wenn es darum geht, die Weisungsbefugnis zu definieren und auch zu leben. Im Sinne der ESE-Empfehlungen sind also präzise Rollenklärungen angesagt und nicht ein neues teureres System. Im jetzigen Moment und aufgrund des Berichtes von Max Wittwer einen Modellentscheid zu fällen, erachtet die GLSG als fahrlässig. Anstatt über Führung nachzudenken, will man ein neues Modell - ohne elementare, sehr relevante Führungsdetails geklärt zu wissen. Alle betroffenen Stellen stellen sich darunter etwas vor – alle aber wohl etwas anderes – damit sind Konflikte vorprogrammiert (Bsp. Personalkompetenz in den Schulkreisen: FDP: dies ist ein Privileg / Max Wittwer: soll klar bei den Schulleitungen bleiben). Es wird die Katze im Sack gekauft und damit auch gegen das Prinzip „never change a winning team“ verstossen. Ein Scherbenhaufen droht. Die Aufbauarbeit von 8 Jahren wäre dahin und es müsste neu begonnen werden. Damit wären die Schulleitenden mit noch mehr administrativem Aufwand beschäftigt, was die Petitionäre ja ausdrücklich ändern möchten. Wie soll das gehen, wenn die GLSG ein neues System ausarbeiten muss, von dem sie a) nicht überzeugt werden konnte, und b) das Vertrauen in die externe Beratungsperson verloren hat? Die GR-Mitglieder sollen der GLSG den Auftrag erteilen, in Zusammenarbeit mit politischen Vertretungen, gemäss ihren Vorschlägen das Modell weiter zu optimieren. Rolf Glaus dankt dem Gemeinderat für die Prüfung seiner Aussagen und die Aufmerksamkeit.

- 1.3. Grundsätzlich hat Max Wittwer Verständnis dafür, dass ein Schulleitender, der bisher Chef seines Schulkreises war, Mühe damit haben kann, wenn er eine Führungsperson vorgesetzt bekommt, weil eine weitere Führungsebene mit einem neuen Modell einzieht. Die Behauptung, es sei jetzt schon möglich gewesen, stimmt theoretisch. Wenn man das Instrumentarium des Vorsitzenden betrachtet, würde es gehen. Am Schluss ist jedoch jede Schulleitungsperson „primus inter pares“ und es ist nicht möglich, so etwas auch durchzusetzen. Das hat auch die externe Evaluation gezeigt.

Max Wittwer kann verstehen, dass diese Änderung den Schulleitenden keine Freude bereitet, wenn sie bisher selbständig schalten und walten konnten - natürlich innerhalb der Ressorts. Zur Externen Schulevaluation (ESE): Es wurde jetzt acht Jahre lang ein Geschäftsleitungssystem entwickelt – vier Jahre aufgebaut, vier Jahre weiterentwickelt. Dass es funktioniert, wurde auch von der ESE bestätigt - das ist eine beachtliche Leistung. Die ESE hat aber auch die Qualität der Schule nach acht Jahren beurteilt, und zwar in insgesamt vier Dimensionen. Die Geschäftsleitung (GL) hat selbst auch eine eigene Beurteilung zu den vier Dimensionen abgegeben. Dies ergibt folgendes zum Teil widersprüchliche Bild:

Qualitätsdimensionen	Beurteilung GLSG	Beurteilung ESE
Aufteilung der Rollen, Zuständigkeiten und Aufgaben innerhalb der Schulführung	fortgeschrittene Entwicklungsstufe	elementare Entwicklungsstufe
Führung und Entwicklung des Personals	fortgeschrittene Entwicklungsstufe	elementare Entwicklungsstufe
Pädagogische Führung des Kernprozesses Unterricht	elementare Entwicklungsstufe	elementare Entwicklungsstufe
Förderung und Unterstützung der schulinternen Zusammenarbeit	fortgeschrittene Entwicklungsstufe	elementare Entwicklungsstufe

Summa summarum: Man hat bei vier Qualitätsdimensionen durch die ESE die Beurteilung „es ist etwas vorhanden, aber in einer elementaren Entwicklungsstufe“ erhalten. Hier sähe er durchaus einen Mehrwert, wenn jetzt eine Person eingesetzt werden könnte, die dies zum Funktionieren bringen würde (der Vorsitz hätte heute theoretisch die Vollmacht dazu, aber die Ausübung hat bisher nicht funktioniert).

2. Eintreten

- 2.1. Gemäss Gemeinderätin Clivia Wullimann hat die SP-Fraktion den Bericht von Max Wittwer auch studiert. Sie beantragt eine 2. Lesung. Sie verlangt, dass im Bericht auch der Ist-Zustand abgebildet wird. Was sind die Kompetenzen des Vorsitzenden jetzt? Was sind die Kompetenzen des CEO in Zukunft? Das fehlt ihr. Man kauft die Katze im Sack. Man weiss nicht, was der CEO für Kompetenzen hat. Von so einem teuren Bericht verlangt sie, dass er darüber Auskunft gibt. Das wurde nicht gemacht. Man schrammt immer daran vorbei, ist Wischiwaschi, wenn es darum geht, die Verantwortungen und Kompetenzen des CEO darzulegen. Auf Seite 16 finden sich die Aufstellungen mit den Kosten alt/neu. Sie hat einmal gelernt, Tabellen zu lesen, was ihr jetzt zum Vorteil gereicht. Ihr fällt auf, dass in der aktuellen Situation (Schuljahr 2014/15) der Vorsitz und der SL Halden zusammen 100 Stellenprozente ergeben mit Kosten p.a von Fr. 162'357.00. Im Modellvorschlag 6 (ab Schuljahr 2016/17) findet sie einen Gesamt-SL mit 100 Stellenprozenten mit Kosten von Fr. 162'357.00 pro Jahr. Wenn sie Klein-Erna wäre, würde sie denken, dass dies das Gleiche ist. Es ist aber nicht das Gleiche! Das ist ihres Erachtens nicht redlich. Dies bedeutet, dass der SL Halden in Zukunft nicht mehr in den Lohnkosten von Fr. 162'357.00 enthalten ist. Bisher hatte Roger Kurt 70 Stellenprozente für die Schulleitung des Schulkreises Halden und 30 Stellenprozente für den Vorsitz der Geschäftsleitung zur Verfügung. Jetzt soll ihr einmal jemand erklären, was der CEO zukünftig für Fr. 162'357.00 machen wird. Das ist kein Pappenstiel. Bisher hatte die vorsitzende Funktion 30, in Zukunft hat sie 100 Stellenprozente. Der Bericht gibt keine Antwort darauf.

Wenn sie aktuell alle fünf Schulleitenden (Halden, Eichholz, Kastels, SEK I, Zentrum) zusammenrechnet, kommt sie auf 376 Stellenprozente. Zählt sie noch die 30 Stellenprozente des Vorsitzenden dazu, ergeben sich insgesamt 406 Stellenprozente (ohne Überstunden SL und Assistenz SL/Vorsitz). Im zukünftigen Modell kommt sie, wenn sie die 100 Stellenprozente des Gesamtschulleiters zu den 346 Stellenprozente der vier Schulleitenden dazu zählt, auf 446 Stellenprozente. Es ist leicht zu sagen, dass man keine Überstunden mehr macht – man hat sie einfach hineingeschmuggelt! Sie verlangt, dass ihr Auskunft darüber erteilt wird, welche Kompetenzen der CEO für Fr. 162'357.00 hat. Es wurde immer wieder gesagt, dass sich am Ressortsystem, an der Ressortverteilung nichts ändert. Was macht dann der CEO den ganzen Tag? Dreht er Däumchen? Das Ressortsystem wird ändern, alles andere ist Augenwischerei. Sie stellt fest, dass man neu einen CEO mit Aufsichtsfunktion und daneben einen Bildungsausschuss mit irgendwelchen GR-Mitgliedern hat. Welche Abgrenzungen sind dort vorhanden? Wo kommen sie sich ins Gehege? Der CEO ist Chef der Schule und der Bildungsausschuss hat die Möglichkeit, Fachreferenten beizuziehen. Was sind das für Fachreferenten und wo ist der Kostenpunkt dieser Fachreferenten? Man geht von einer falschen Grundlage aus: Es kann sein, dass sich das CEO-Modell bewährt hätte, wenn man es gleich zu Beginn vor acht Jahren eingeführt hätte. Jetzt aber pflöpft man auf ein funktionierendes System einen „Schuldirektor“ darauf. Und es soll ihr jetzt niemand sagen, dass es nicht so ist. Gemäss Organigramm ist der CEO ganz eindeutig Chef der Schulleitenden. Wie ist es dann mit dem ganzen Disziplinarrecht? Dazu wird im Bericht ebenfalls nichts gesagt. Ein Punkt, welcher als Argument für das neue Modell vorgebracht wird, ist die zu grosse Führungsspanne des Stadtpräsidenten. In Zukunft werden es noch vier Schulleitende sein (Halden, Eichholz, Kastels, SEK I) sein, die er beurteilen muss. Das ist ihres Erachtens machbar. Das sind nicht hunderte von Leuten, die man beurteilen muss. Sie bekundet Mühe mit einem Bildungsausschuss bestehend aus ca. fünf GR-Mitgliedern. Woher hat der Gemeinderat die Kompetenzen? Eine Fachkommission hat Kompetenzen, sie hat wenigstens die Ausbildung dafür. Der Gemeinderat ist nicht dafür ausgebildet. Wie will der Gemeinderat gross strategische Entscheide treffen? Der Bildungsausschuss ist nichts anderes als ein Kopfnickergremium: der CEO wird die Geschäfte bringen und das Gremium wird sie absegnen. Im Prinzip ist das nichts anderes als die Einführung einer neuen Schulkommission, zwar nicht mehr aus Parteimitgliedern, sondern aus Mitgliedern des Gemeinderates bestehend. Alles in allem findet sie das Ganze nicht durchdacht. Zusammenfassend bittet sie Max Wittmer um die Beantwortung folgender Punkte:

- Was macht der CEO für Fr. 162'357.00?
- Wie ist die Kompetenztrennung zwischen CEO und Bildungsausschuss?
- Wann kommt das Funktionendiagramm?

2.2. Nach schier endlosen Diskussionen, so Gemeinderat Richard Aschberger, ist der grosse Tag gekommen, wo man über die vieldiskutierten Modelle und Konzepte beschliessen kann. Er möchte an dieser Stelle auch den Herren Glaus und Widmer für den Besuch an der Fraktionssitzung der SVP danken, sie hat im Anschluss noch viel intern diskutiert. Sie ist zufrieden mit den Analysen, Berichten und Fazits, auch mit den Vorschlägen aus der GRK. Dem FDP-Vorstoss und auch seinem Postulat wird mit den vorliegenden Anträgen Rechnung getragen. Er findet die Idee mit dem Bildungsausschuss gut, so rückt die dann ehemalige Fachkommission näher an die Politik und hat damit auch mehr Rückhalt, es wird keine Blackbox mehr sein, die Legitimation ist sichergestellt.

Auch können Experten beigezogen werden, man kann den Ausschuss also gut besetzen. Die Finanzverwaltung schreibt in der Stellungnahme, der Bildungsausschuss solle mit Personen aus der GRK bestückt werden. Er nimmt an, das sollte Gemeinderat heissen? Mit der Modellvariante 6 kann die SVP leben. In Grundzügen bleibt die GLSG somit erhalten, eine Art Superschuldirektorenposten gibt es auch in Zukunft nicht, der neue Chef hat einfach noch mehr Kompetenzen in sich vereint und mehr Entscheidungsbefugnis, was von vielen Seiten gefordert wurde und wird. Die SVP ist immer noch der Ansicht, dass man sich die Vorlage von heute eigentlich hätte schenken können. Sie hat im 2009 und 2010 bei den letzten Anpassungen und Kompetenzerweiterungen vom Vorsitzenden der GLSG erwähnt, dass es ihr zu wenig weit ging. Das heute ist das Resultat aus knapp 5 Jahren zu wenig Reaktion. Er hat es auch schon in der Fraktionssitzung mit den Vertretern der Schulleitungen gesagt, dass das im Nachversand zugestellte Dokument einige sehr gute Punkte und Hinweise enthält (beispielsweise was den Bildungsausschuss angeht), wie man das bestehende Konzept sanft hätte weiterentwickeln können. Leider kommt das nicht eine Woche zu spät sondern viele Monate, wenn nicht gar Jahre. Der Fairness halber möchte er aber noch erwähnen, dass genau der Nachversand der GLSG eigentlich im Wittwerschen Bericht hätte Erwähnung finden sollen. Die SVP geht davon aus, dass ein Funktionendiagramm erstellt, respektive aktualisiert wird für den zukünftigen CEO-Posten der Schulen Grenchen, sprich wenn der Gemeinderat der Vorlage heute zustimmt, wird ihm das dann noch vorgelegt. Dann möchte er noch kurz den Bogen spannen zum Traktandum 4, also der Wiederbesetzung der Stelle von Roger Kurt. Für 1.5 Jahre findet man seiner Meinung nach keinen, der diesen Posten ausführen will und wird, weil man ja noch nicht genau weiss, was sich nach der Zeit an seinen Aufgaben ändern wird. Man sollte Traktandum 3 und 4 zwingend verbinden. Wenn man jetzt die Modellanpassung mit Variante 6 annimmt, sollte man sich überlegen, ob man die dann auszuschreibende Stelle nicht gleich als CEO-Funktion ausschreibt. Wenn man keine interne Lösung für die 1.5 Jahre im Halden findet, hat man dann direkt einen fähigen Mann ausgesucht in der Cheffunktion, welcher sich zum Beispiel mit einem gewissen %-Anteil der Schulleitung widmen kann, um sich in das Schulsystem Grenchen einzuarbeiten. Man sollte also darüber befinden, was für eine Stelle dann gesucht wird. Man könnte sonst auch darüber im Wahlausschuss diskutieren, sofern man diesem diese Kompetenz erteilen kann und will.

- 2.3. Die CVP-/glp-Fraktion, so Gemeinderat Marco Crivelli, dankt allen Beteiligten für die ausführliche Arbeit für einen Bereich, der für die Stadt von zentraler Bedeutung ist. Grundsätzlich hat die CVP das bestehende Schulleitungsmodell bei dessen Einführung unterstützt und wollte diesem eine Chance geben. Doch schon bald zeigte sich, dass gewisse Strukturen und Hierarchien unzureichend sind und es wurde auch immer wieder das Wort „Schönwettermodell“ verwendet. In einer Unternehmung braucht es für gewisse Arbeiten und Entscheide einen Chef. Dies ist ja auch im Bereich der Schulkreise so geregelt. Schulleiter = CEO. Vergleicht man das Modell 6 mit anderen städtischen Abteilungen, sind durchaus Parallelen ersichtlich. Nimmt man z.B. die Baudirektion, gibt es neben dem Chef Hochbau, Chef Tiefbau etc. auch noch einen übergeordneten CEO, nämlich den Stadtbaumeister. Bezüglich der Nachteile und Gefahren, wie sie in der Stellungnahme der GLSG dargelegt werden, sind einige Punkte im Bericht von Max Wittwer klar widerlegt. Die Kosten werden nicht höher sein als beim jetzigen Modell. Die Wahl des CEO wird über das Personalamt koordiniert und der CEO wird mittels eines Wahlausschusses dem Gemeinderat zur Wahl vorgeschlagen. Dies ist das normale Vorgehen in der Stadt Grenchen.

Die Akzeptanz bei den Lehrpersonen ist immer eine Gefahr. Auch im heutigen Modell kann es Köpfe geben, welche einem sympathisch sind oder eben nicht. Bezüglich der Motivation ist es natürlich immer auch eine Aufgabe eines Chefs, seine Mitarbeiter so zu führen, zu fördern und zu fordern, dass die Motivation möglichst hoch ist. Noch ein paar Worte zum Bildungsausschuss: Bei diesem wird es sein wie mit der Fachkommission. Ohne klare Aufgaben wird auch dieser schwierig zu verstehen sein. Daher ist die Forderung der CVP-/glp-Fraktion ein klares Pflichtenheft für diesen Bildungsausschuss. Denn nur wenn die Aufgaben klar sind, kann über eine Zusammensetzung des Ausschusses befunden werden. Als Fazit kann aus ihrer Sicht das Modell 6 als guter Kompromiss bezeichnet werden, hinter dem man stehen kann. Es wurden sehr viele Anregungen und auch Bedenken berücksichtigt. In diesem Sinne ist sie für Eintreten und stimmt gemäss Vorlage der Variante 6 zu.

- 2.4. Laut Gemeinderat Aldo Bigolin hat sich die FDP-Fraktion ein weiteres Mal sehr intensiv mit der Vorlage auseinandergesetzt. Mit so vielen Stellungnahmen, Variantenvergleichen und Zusatzvarianten stellt sie fest, dass es sich hier um ein ganz besonderes Geschäft handelt. Gleichzeitig darf man auch festhalten, dass kaum ein Geschäft so breit abgestützt ist. Der spürbare Konsens innerhalb der Fraktionen bestätigt das. Der Bericht von Max Wittwer bildet eine gute Grundlage zur Evaluation von geeigneten Schulführungsmodellen. Die Vorlage samt allen Stellungnahmen zeigt eindeutig, in welche Richtung es gehen soll. Natürlich gibt es auf der anderen Seite die Direktbetroffenen, welche die Veränderungen nicht mit einer neutralen Haltung annehmen können. Nichtsdestotrotz ist es aber eine Tatsache, dass das Schulleitungsmodell von Grenchen in keiner anderen Gemeinde angewendet wird. Nota bene organisiert auch die Stadt Grenchen keine ihrer Abteilungen so. Ausgerechnet die Abteilung mit dem grössten Budgetposten von ca. 30 Millionen Franken hat keinen Chef. Bei einem Rückblick über die letzten acht Jahre ist die FDP ihrer Linie treu geblieben und stellt mit einer gewissen Genugtuung fest, dass die in früheren Voten genannten Aussagen nun auch mehrheitsfähig werden. Die FDP hat grundsätzlich grosse Sympathie für die Modellvariante 4, kann aber auch, wenn es die Mehrheit will, der Variante 6 zustimmen. Entscheidend für sie ist die Weichenstellung, in welche Richtung geführt wird. Die in der Petition „Ordnung in den Schulen Grenchen: Eine Schule – ein Chef!“ postulierten Inhalte können mit der genannten Variante umgesetzt werden. Auf dem bisherigen Weg wurden gute Leistungen seitens Schulleitenden erbracht und die vorgesehenen Anpassungen sind nicht derart gravierend, wie von den Direktbetroffenen befürchtet. Als Ergänzung wird vor allem die Lücke der fehlenden Chefposition geschlossen. Gleichzeitig soll am bewährten Ressortsystem nicht gerüttelt werden. In diesem Sinne ist die FDP für Eintreten und wird die Variante 6 so unterstützen können. Sie ist der Meinung, dass eine 2. Lesung nicht notwendig ist.
- 2.5. Gemeinderat Remo Bill bezieht sich auf das Votum von Marco Crivelli. Auch er ist in der Privatwirtschaft tätig und hat Leute angestellt. Er kennt viele Planungsbüros, Ingenieurbüros in der Schweiz, die ähnlich wie das Geschäftsleitungsmodell der Schulen organisiert sind und relativ grosse Umsätze haben. Das funktioniert bestens. Als ehemaliger Unternehmer hat er immer, wenn er jemanden angestellt hat, wissen wollen, was er für Aufgaben hat. Man kann nicht einfach einem CEO-Posten, einem System zustimmen, wenn die Funktionen- und Organisationsdiagramme nicht vorhanden sind. Das findet er eigentlich fahrlässig. Hier muss er Rolf Glaus voll unterstützen.

- 2.6. Laut Gemeinderätin Nicole Hirt darf bei all den Diskussionen um das neue Modell nicht vergessen gehen, was die GLSG in den vergangenen acht Jahren geleistet hat. Die ganzen Reformen, von denen sie persönlich alles andere als begeistert ist, haben den Schulleitungen so einiges abverlangt. Und daran wird sich auch so schnell nichts ändern. Dabei war sie vor acht Jahren so naiv zu glauben, dass die Schulleiter vor allem dazu da sind, die Lehrpersonen zu führen und zu unterstützen und die Elternanliegen zu vertreten. Sie haben das natürlich auch getan, aber eben in der ganzen Reformitis haben sie die Prioritäten verschieben müssen. Persönlich ist sie der Meinung, dass die Schulen Grenchen ausgezeichnete Arbeit leisten. Die Höhe der Fluktuationsrate sagt in jedem Betrieb sehr viel über Führung, Arbeitsklima und Zufriedenheit aus. So ist es auch in den Schulen Grenchen. Die Rate ist sehr klein, wenn nicht die kleinste im kantonalen Vergleich. Warum hat man nicht einfach dem Vorsitzenden der GLSG nebst der Weisungspflicht das Disziplinarrecht zugesprochen, dann hätten man sich all dies hier ersparen können? Dass die Politik nun einen Chef will, kann sie nachvollziehen. Denn zu viele Köche resp. Chefs verderben den Brei. Sie dankt Roger Kurt als Vorsitzendem der Geschäftsleitung und den Leitenden der Schulkreise für ihre Arbeit, und wünscht dem abtretenden Roger Kurt im Speziellen alles Gute für seine berufliche und natürlich private Zukunft.
- 2.7. Vize-Stadtpräsident Urs Wirth ist persönlich ganz klar der Ansicht, dass es keine Systemänderung braucht. Man hat ein Modell, das seit acht Jahren funktioniert, nie zu einer Krise oder einem Problem geführt hat, im Gegensatz zu anderen Gemeinden. Wenn er sich für ein Modell aussprechen müsste, dann wäre er für das Modell 6, weil es die bisherigen erreichten guten Sachen des Geschäftsleitungsmodells der Stadt Grenchen weiterhin berücksichtigt und beinhaltet. Allerdings gäbe es, wie bereits Rolf Glaus erwähnt hat, noch Möglichkeiten, wie man das aktuelle Modell mit gewissen Massnahmen weiter optimieren könnte. Nach Auffassung von Urs Wirth wäre es der Wert, das nochmals genauer anzuschauen. Er macht beliebt, eine 2. Lesung durchzuführen. Es stehen engagierte Menschen dahinter, die grossartige Arbeit geleistet haben. Dies hat auch der Gemeinderat jeden Dezember anlässlich der Behandlung des Reportings Schulen Grenchen lobend bestätigt. Der Gemeinderat soll sich einmal überlegen, was er für versteckte Botschaften aussendet, wenn er das Modell jetzt durch alle Böden durchbringen will. Urs Wirth macht beliebt, dass sich der Gemeinderat die nötige Zeit nimmt. Das Geschäft ist zu heikel, zu sensibel, als dass man es jetzt aufgrund eines Wahlversprechens oder einer Petition durchboxen sollte. Er plädiert für eine 2. Lesung. Dann kann der Gemeinderat nochmals darüber diskutieren und erhält vielleicht neue Argumente und neue Fakten.
- 2.8. Clivia Wullimann schliesst sich ihrem Vorredner an. Für den Gemeinderat besteht keine Dringlichkeit, heute gleich entscheiden zu müssen. Sie verweist auf das nachfolgende Traktandum 4 „*Personal GLSG Schulen: Wiederbesetzung der Stelle Schulleitung Halden 80-100 % - Einsetzen eines Wahlausschusses*“. Der gesuchte Stelleninhaber wird nur noch Schulleiter und nicht mehr Vorsitzender sein. Dies geht aus der Vorlage des Personalamtes vom 26. September 2014 klar hervor. Im neuen Modell hat der CEO keine Schulleiterfunktion mehr, gibt keine Schule mehr. Deshalb möchte sie, dass zuerst ihre Fragen beantwortet werden. Ihres Erachtens ist es nicht redlich, wenn man sagt, dass es im Modellvorschlag 6 keine Überstunden mehr gibt, obwohl man den Betrag der Überstunden letztendlich in diesem Modell in der Summe mit einberechnet. Im Prinzip ist das Modell 6 ein teureres Modell. Das soll man wissen und zur Kenntnis genehmen.

Clivia Wullimann bittet dringend darum, dass die Zahlen nochmals überprüft werden. Die Bürgerlichen können anlässlich der 2. Lesung immer noch für das Modell 6 stimmen. Es fällt niemandem einen Zacken aus der Krone, wenn man das Ganze nochmals überdenkt und durchrechnet.

- 2.9. Max Wittwer will nicht auf Unterstellungen, welche an seiner Redlichkeit zweifeln, eingehen. Er ist mit bestem Wissen und Gewissen und redlich an den Bericht herangegangen. Zur Forderung, dass das Funktionendiagramm jetzt vorliegen müsste: Dann müsste man der Objektivität halber für 6 Modelle plus noch das Modell 6+ der GLSG Funktionendiagramme ausarbeiten. Dazu gehören dann auch die Stellenbeschriebe. Er muss dem Gemeinderat nicht sagen, wie viele Stunden Aufwand dies bedeutet, weil ja die einzelnen Player und Stakeholder durchaus noch ihre Meinung dazu haben, man die Dokumente mit ihnen besprechen und sie dann wieder in den Gemeinderat bringen muss. Das Ganze wäre nur dann wirklich miteinander vergleichbar, wenn man für 6 oder 7 Modelle sämtliche nachgelagerten Dokumente im Voraus erstellen würde. Meistens läuft das in einer Stadt oder in einer Gemeinde aber anders: sie wählt zuerst das Modell und anschliessend werden die nachgelagerten Dokumente erstellt. Die Summe von Fr. 162'357.00 stammt aus der Besoldungsverordnung der Stadt Grenchen. Es handelt sich um das 3. Besoldungsmaximum, die höchstmögliche Lohnstufe. In der Aufstellung wurden immer Zahlen verwendet, welche auf dem Maximum sind. Es werden vermutlich aber nie alle diese Angestellte auf dem Maximum sein. So dass man eigentlich zur gegenteilige Aussage von Clivia Wullimann kommt: Das Modell 6 kommt eher günstiger, wenn man auch jüngere Angestellte mit dabei hat, weil diese dann auch noch nicht im 3. Maximum eingestuft sind. Max Wittwer hat einmal mit der SP über Ressorts sprechen können - das war letzte Woche an ihrer Fraktionssitzung. Er hat weder vorher noch anlässlich dieser Sitzung je gesagt, dass sich an den Ressorts nichts ändert. Es ist selbstverständlich so, dass der Gesamtschulleitende die Schulen vermehrt gegen innen, aber auch gegen aussen vertreten und vermehrt Ressortaufgaben übernehmen wird. Es ist völlig klar, dass es hier Änderungen geben wird. Zum Punkt Bildungsausschuss: Das sind Ratsmitglieder, die Sitzungsgelder an ihren Sitzungen beziehen. Selbstverständlich ist der Gesamtschulleitende dabei oder auch die Leiterin Schulverwaltung, wenn es um ihre Bereiche geht - das sind die stadtinternen Fachpersonen. Er redet hier nicht von einer Expertokratie, wo man hochbezahlte Experten immer wieder frisch einfliegen lassen muss, welche sich in diesem Bildungsausschuss äussern und eine Studie erstellen müssen. Er meint die Leute, die hier vor Ort sind. Was dann die von Clivia Wullimann angesprochenen Mehrkosten hier sein sollen, ist ihm ein Rätsel. Er hat lange mit François Scheidegger über das Thema „Führungsspanne Stadtpräsident“ gesprochen. Er hat aber auch schon diesbezügliche Gespräche in anderen Schulkreisen und in anderen Städten geführt. Es darf nicht sein, dass ein Vorgesetzter Mitarbeitende beurteilen muss, von denen er nicht einen Grossteil ihrer Arbeiten wirklich sieht. Das ist im Moment der Fall und ist seines Erachtens wirklich nicht seriös.
- 2.10. Rolf Glaus kann nicht verstehen, weshalb ein System, dessen Arbeit und Qualität bisher gelobt wurde, jetzt ohne ersichtlichen Grund zerschlagen werden soll. Die Fragen 1 bis 4 auf Seite 9 des Berichts hätten Aussagen darüber machen sollen, was die Schwächen und die Stärken im GL-Modell sind, differenziert nach Anspruchsgruppen. Es wurde keine einzige Aussage zur GLSG gemacht. Die GLSG hat die Anliegen der Petitionäre und die Motion von Richard Aschberger sehr ernst genommen.

Die Schulleitenden haben vier Punkte definiert, die beibehalten werden sollen:

- 1 Die Schulleitenden sind CEO im eigenen Schulkreis gemäss § 78 Volksschulgesetz (deshalb ist es wichtig zu wissen, was man jetzt bei einem neuen Modell in Bezug auf die Personalführung im eigenen Schulkreis denkt)
- 2 Die Schulleitenden, welche ein Ressort führen, haben die Ergebnisverantwortung in den Ressorts (das ist extrem motivierend für die Schulleitenden, der Vorsitzende hat die Steuerung der Ergebnisse)
- 3 Die Ressortleitenden vertreten die Geschäfte im Gemeinderat (sie verfügen über das nötige Wissen, wenn jetzt jedes Mal der CEO aufdatiert werden muss, ist das eine Verschleuderung von Ressourcen)
4. Entscheide bezüglich der Ressorts werden im Gremium mit einem Mehrheitsentscheid gefällt (dies ist, wie im ESE-Bericht erwähnt, vielleicht aufwändig, aber um so wichtige Entscheide zu fällen, lohnt sich dieser Aufwand – bisher wurde immer gesagt, dass die GLSG gut entschieden hat)

Wenn der Gemeinderat die Schulleitenden mit ins Boot holen will, dann muss er mit ihnen über die vier Punkte diskutieren, sonst zerschlägt er die Geschäftsleitung. Es werden Aussagen gemacht, unter denen sich alle etwas anderes vorstellen - man kauft die Katze im Sack!

Auf Vorschlag von Stadtpräsident François Scheidegger wird die Sitzung für 15 Minuten unterbrochen, damit sich die Fraktionen besprechen können.

- 2.11. Falls der Gemeinderat, so François Scheidegger, heute entscheidet, eine 2. Lesung im Geschäft „Projekt Konsolidierung Schulleitungsstrukturen Grenchen: Bericht und Antrag der Projektleitung an den Gemeinderat“ (Traktandum 3) durchzuführen, müsste sinnvollerweise auch Traktandum 4 verschoben werden. Dies stellt kein Problem dar, weil die Verwaltung nach dem Austritt von Roger Kurt per 31. Oktober 2014 für die Schulleitung Halden eine Übergangslösung bereit hat.
- 2.12. Hubert Bläsi spricht für das bürgerliche Lager, das folgende Idee kreiert hat: es ist für ein „Ja, aber“. Die Vertreter/innen würden für eine 2. Lesung stimmen, unter der Bedingung, dass nur zum Modellvorschlag 6 ein Funktionendiagramm erstellt wird. Dann wäre für alle Seiten klar, ob no-goes drin wären, und man wüsste, dass die Katze aus dem Sack schauen könnte. Mit dieser Vorgabe würden die bürgerlichen Fraktionen dem Antrag der SP auf 2. Lesung zustimmen.
- 2.13. Die SP, so Clivia Wullimann, wäre mit dem Vorschlag einverstanden und hätte gerne noch als Ergänzung eine Darstellung des Ist-Zustands. Es würde ihr dienen, wenn man die aktuelle Situation und das neue Modell miteinander vergleichen könnte (mittels Gegenüberstellung der heutigen Aufgaben Vorsitzender/SL und der zukünftigen Aufgaben CEO/SL).

Eintreten wird beschlossen.

Es ergeht einstimmig folgender

3. Beschluss

3.1. Die Vorlage wird in 1. Lesung zur Kenntnis genommen.

Vollzug: PL

Beilage: Präsentation „Bericht und Empfehlungen der Projektleitung vom 29.09.2014“

Max Wittwer, PL
GLSG
FKSG
FV
PA
RD

2.0.8 / acs

Personal GLSG Schulen: Wiederbesetzung der Stelle Schulleitung Halden 80-100 % - Einsetzen eines Wahlausschusses

Vorlage: PA/26.09.2014

1. Erläuterungen zum Eintreten

- 1.1. Gemäss Stadtpräsident François Scheidegger ist es sinnvoll, das Geschäft aufgrund der 1. Lesung des vorhergehenden Traktandums 3 „Projekt Konsolidierung Schulleitungsstrukturen Grenchen: Bericht und Antrag der Projektleitung an den Gemeinderat“ (GRB 2866/21.10.2014) auf die übernächste Gemeinderatssitzung (11.11.2014) zu verschieben.

Es ergeht einstimmig folgender

2. Beschluss

- 2.1. Die Behandlung der Vorlage wird auf die Gemeinderatssitzung vom 11. November 2014 verschoben.

Vollzug: KZL

GLSG
FKSG
PA
FV

0.2.2 / acs

Neuorganisation SMKS: 2. Lesung

Vorlage: SMKS/KZL / 02.10.2014

1. Erläuterungen zum Eintreten

1.1. Stadtschreiberin Luzia Meister fasst die bereinigte Vorlage kurz zusammen.

2. Eintreten

2.1. Gemäss Gemeinderätin Angela Kummer kann die SP-Fraktion die Vorlage in dieser Form jetzt gutheissen. Die Organisationsstruktur des SMKS erscheint nun klar. Auch der Schaffung einer Plattform Stadtentwicklung kann sie in dieser Form zustimmen. Sie begrüsst insbesondere den Vorschlag der Integrationskommission, vom Stellenetat 10 Stellenprozente für die Belange der Integrationskommission zu reservieren, um Integrationsanliegen das nötige Gewicht zu geben.

2.2. Gemeinderat Hubert Bläsi dankt für das Resultat der '2. Runde'! In der ersten Lesung hat die FDP-Fraktion folgende Anliegen deponiert:

- Es soll ein allgemein verständliches Organigramm gestaltet werden, das für jede/jeden verständlich ist. Diesen Punkt schaut sie quasi als erfüllt an.
- Betreffend die von der FDP verlangten Pflichtenhefte (bitte nicht verwechseln mit der Aufgabenumschreibung) hat sie in der 2. Vorlage nicht viel entdeckt. Da erwartet sie noch Informationen, wie es weitergehen soll. Immerhin geht sie davon aus, dass diese Dokumente die Grundlagen für die vorgesehenen Bewertungen der Stellen anzeigen.
- Die ebenfalls thematisierte Frage bezüglich der Aufgaben der Stadtschreiberin ist beantwortet.
- Wichtig sind aus ihrer Sicht noch die Bekenntnisse, dass der bisherige Kostenrahmen nicht überschritten werden soll und dass der Sport – ungefähr im Bereich der reservierten 20 Stellenprozente - seinen verdienten Stellenwert bekommen soll.

Die FDP-Fraktion ist für Eintreten auf das Geschäft und wird dem Beschlussesentwurf zustimmen.

2.3. Gemeinderat Ivo von Büren erklärt, dass die SVP für Eintreten ist. Sie bezieht sich auf Ziff. 2 der Vorlage und hat noch einen Verbesserungsvorschlag. Das SMKS wurde bei der Schaffung mit 200 Stellenprozenten dotiert. Die SVP findet, dass die vorgeschlagenen 240 Stellenprozente zu viel sind. Sie stellt deshalb den Antrag, den Stellenetat auf max. 200 Prozent festzulegen.

- 2.4. Wie schon im Gemeinderat vom 19. August 2014, so Gemeinderat Marco Crivelli, wird von der CVP-/glp-Fraktion grundsätzlich begrüsst, dass wieder Bewegung ins Thema SMKS kommt. Die Vorlage ist zwar jetzt klar zu verstehen, jedoch wurden die Anliegen aus der letzten Gemeinderatssitzung nur zum Teil berücksichtigt. Aus der Vorlage wird zwar die neue organisatorische Struktur erkennbar, die Pflichtenhefte der einzelnen Stellen sind jedoch nicht klar. Auch fehlt im Organigramm die Kommunikation gänzlich, diese war jedoch in der ersten Vorlage sehr zentral. Für sie ist deshalb für eine Neuorganisation auch die Aufgabendefinition von zentraler Bedeutung. Zum Thema Stadtentwicklung hat sie sich bereits das letzte Mal geäussert und ange-regt, das Thema auf die Traktandenliste der Abteilungsleiterkonferenz aufzunehmen und situativ, je nach Projekten eine Arbeitsgruppe einzusetzen. Denn wie schon von Gemeinderat Andreas Kummer an der besagten Sitzung erwähnt, sind alle Stadtent-wickler und jeder Entscheid hat einen Einfluss auf die Entwicklung der Stadt Gren-chen. Die Fraktion CVP-/glp-Fraktion ist für Eintreten auf die Vorlage jedoch mit dem Vorbehalt, dass mit der Stellenbewertung die Pflichtenhefte klar definiert und dem Gemeinderat zur Genehmigung ebenfalls vorgelegt werden müssen.
- 2.5. Luzia Meister erklärt, dass in den Pflichtenheften relativ detailliert umschrieben ist, was in den verschiedenen Aufgabenbereichen Standortmarketing, Kommunikation, Kultur, Jugend und Sport zu tun ist. Das wird die Grundlage für die Stellenbeschriebe sein, mit denen man noch kommen muss. Der Gemeinderat wird in einer der nächs-ten Sitzung die Stellenbeschriebe zur Beurteilung erhalten. Bezüglich der beantragten 200 Stellenprozente ist zu sagen, dass das SMKS auch neue Bereiche übernommen hat (z.B. Sport). Das SMKS wird auch neu das Sekretariat Jugendkommission führen, das bisher bei der Schulverwaltung war. Es gibt sicher auch gewisse Mehraufwände, weil die Kommunikation mehr gepflegt wird – dies ist ein Anliegen der Wirtschaftsför-derung und des Stadtpräsidenten. Entsprechend wird man in diesem Bereich wahr-scheinlich relativ „hungrig“ werden, wenn man nur 200 Stellenprozente hat.
- 2.5.1 Wenn das SMKS, so Ivo von Büren, Aufgaben von der Schulverwaltung übernimmt, müsste man Stellenprozente in der Schulverwaltung reduzieren. Wäre es unmöglich, im SMKS mit 200 Stellenprozenten durchzukommen?
- 2.5.2 Luzia Meister denkt, dass eine Pensenreduktion in der Schulverwaltung längerfristig eine Thema sein könnte. Kurzfristig können nicht einfach 10 Prozent (mehr wird es nicht sein) verschoben werden. Letztlich ist die ganze Aufgabe Teil des Wünschba-ren. Man kann auch sagen, dass man ohne Kultur auskommt. Wenn die Stellenpro-zente beim SMKS um 40 Prozent gekürzt werden, wird man dies sicher spüren.
- 2.5.3 Vize-Stadtpräsident Urs Wirth ortet hier ein Problem: Beim Schulleitungsmodell vor-hin hat man Pflichtenhefte gefordert, hier soll es gemäss Verwaltung nicht nötig sein, obwohl es die FDP verlangt hat. Wenn man die Stellenprozente im SMKS um 40 Pro-zent reduzieren will, muss man sagen, wo man Einsparungen vornehmen will. Man müsste aufzeigen, auf welche Aufgaben verzichtet werden sollen. Man kann nicht einfach linear 40 Prozent abhacken. Er möchte, dass man einmal im Gemeinderat festlegt, wie man künftig bei solchen Vorlagen vorgeht. Es wurde viel Zeit mit dieser Frage verloren.
- 2.5.4 Für Stadtpräsident François Scheidegger ist klar, dass zuerst Strukturen geschaffen werden und danach festgelegt wird, wie viele Stellenprozente dafür eingesetzt wer-den. In einem weiteren Schritt geht es darum, wie man das Ganze organisiert wird und wie die Pflichtenhefte aussehen.

Er wurde auch gefragt, weshalb die Stellenprozente für das Sekretariat Stadtpräsidium von 70 Prozent (ursprünglich 100 Prozent) auf 100 Prozent erhöht wurden. Dies hat auch mit internen Umlagerungen, Umverteilungen von Arbeiten zu tun. Man muss die Vorlage gesamtheitlich anschauen. Die Idee wäre, dass man die Synergien mit dieser Neuorganisation nutzen kann. Deshalb ist das für ihn auch nicht sankrosankt. Im Moment hat die Stadtkanzlei ja auch ein wenig mehr Stellenprozente, wenn man es ganz genau anschaut. Damit konnte man aber das Manko, welches aufgrund der Vakanz im SMKS entstand, auffangen. Ohne den grossen Einsatz von Silvan Gränig, Luzia Meister, David Baumgartner und ohne die Unterstützung der Stadtkanzlei wäre es nicht gegangen. Für ihn ist es ein Grundsatzentscheid des Gemeinderates, wie viele Ressourcen (240 Stellenprozente oder weniger) man dem SMKS geben will. Er fände es schade, wenn man zurückkriechen würde. Die Grundlage ist weiterhin die Vorlage aus dem Jahr 2008. Daran hat sich nichts geändert. Es geht um eine Reorganisationen. Dass die bisherige Ressourcierung in Frage gestellt wird, hört er heute zum ersten Mal.

- 2.5.5 Luzia Meister weist darauf hin, dass die vielen Arbeiten, welche rund um die Fussballvereine, GREGA/Mia, den Uhrencup geleistet wurden, im früheren SMKS mit 200 Stellenprozenten nicht Platz gehabt hätten. Man kann alle Aufgaben beibehalten, aber dann muss man sich entscheiden, wo man mehr oder weniger eingreift. Im Sekretariat SMKS konnte viel geleistet, weil gewisse Arbeiten in der Stadtkanzlei zurückgestellt wurden, was zum Teil ja jetzt wieder gerügt wird. Irgendwo geht es nicht auf. Langfristig muss man wissen, was man will. Sie wäre froh, wenn man bei einer Reduzierung festlegen könnte, in welchem Bereich weniger oder keine Dienstleistungen angeboten werden sollen, ohne dass später wieder Forderungen kommen.

Eintreten wird beschlossen.

3. Detailberatung

- 3.1. Ivo von Büren hat den Eindruck, dass 30 Prozent des SMKS zum Stadtpräsidium umgelagert wurden.
- 3.1.1 Luzia Meister verneint dies. Das SMKS hatte immer noch 240 Stellenprozente. Sie verweist auf Ziff. 3.7. der Vorlage. Bis Ende 2013 verfügte die Kanzlei über max. 300 Stellenprozente, davon waren nur 270 Stellenprozente fest besetzt. 30 Prozent wurden bei Bedarf von der Stadtschreiberin für die Bereiche Stadtkanzlei/Rechtsdienst und Stadtpräsidium eingesetzt (temporäre Pensenerhöhungen, Zusatzstunden). Im 2014 wurden 30 Prozent von der Stadtkanzlei auf das Stadtpräsidium umgelagert (neu 100 anstatt 70-Prozent-Pensum).
- 3.2. Ivo von Büren hält an seinem Antrag fest, das SMKS künftig mit 200 Stellenprozenten zu dotieren.

Der Antrag wird mit 12 : 3 Stimmen abgelehnt.

In der Schlussabstimmung ergeht einstimmig folgender

4. Beschluss

- 4.1. Der Gemeinderat stimmt der neuen organisatorischen Zuordnung des Bereichs SMKS zu.

- 4.2. Der Gemeinderat stimmt der Einsetzung einer Plattform Stadtentwicklung zu.
- 4.3. Der Rechtsdienst wird mit der Ausarbeitung der Gemeinderats-Vorlage zur Umsetzung dieser Änderungen in der Gemeindeordnung beauftragt.
- 4.4. Die neu umschriebenen Stellen sind über das Personalamt zu bewerten und dem Gemeinderat zum Beschluss vorzulegen.
- 4.5. Per Ende 2016 ist dem Gemeinderat über die Bewährung und Entwicklung der neu-organisierten Aufgaben zu berichten.

Vollzug: KZL, RD, PA, SMKS

SMKS
RD
PA
FV

8.5.6 / acs

VERTRAULICH / NICHT VERÖFFENTLICHEN